

Ukraine

# Die Blauen verdrängen die Orangen

**Viktor Janukowitsch entscheidet die Stichwahl knapp für sich. Gegenkandidatin Julia Timoschenko hat ihre Niederlage aber noch nicht eingestanden.**

VON CHRISTIAN WEISFLOG, KIEW

Fünf Jahre nach der Orangen Revolution ziehen in der Ukraine vermutlich wieder die alten Kräfte in die Präsidentenresidenz ein. Viktor Janukowitsch, der Kandidat der prorussischen Partei der Regionen, deren Farbe Blau ist, lag gestern nach Auszählung von 98,4 Prozent der Wahlzettel knapp in Führung. Der 59-jährige Arbeitersohn und ehemalige Premierminister verzeichnete einen Stimmenanteil von 48,6 Prozent. Das sind nur knapp 3 Prozent mehr als seine Gegenkandidatin Julia Timoschenko. Die einstige Ikone der Revolution kam auf 45,81 Prozent. Verloren hat sie die Wahl wahrscheinlich in ihren Stammländern, der vorwiegend ukrainischsprachigen Zentral- und Westukraine. Vor allem junge Bürger kreuzten hier das dritte Feld auf dem Wahlzettel an: «Gegen alle».

**Magere Regierungsbilanz**

Mit dieser Protestwahl brachten sie ihre Enttäuschung über die magere Regierungsbilanz der orangen Kräfte zum Ausdruck, die vor fünf Jahren einen schnellen Beitritt zur EU und zur Nato versprochen hatten. Statt die erwarteten Reformen umzusetzen, verstrickten sich die Revolutionäre jedoch in unproduktive Machtkämpfe.

Die Frage lautet nun jedoch, ob Timoschenko ihre Niederlage eingesteht. Noch während des Wahltages warf das Lager der Premierministerin Janukowitsch «massive Wahlfälschungen» vor. Allerdings scheint der Zwei-Meter-Mann, der mit einer offenkundigen Wahlfälschung vor fünf Jahren die Orange Revolution provoziert hatte, diesmal mehr oder weniger demokratisch gewonnen zu haben. Denn die Nachwahlbefragungen stimmen mit den Resultaten der Stimmenausszählung ziemlich genau überein. Sie sagten einen Sieg Janukowitschs mit 48,7 Prozent mit einem Vorsprung von 3,1 Prozent auf Timoschenko voraus. Auch die internationalen Beobachter des Europarats anerkannten gestern das Ergebnis.

**Timoschenko bläst Konferenz ab**

Timoschenko war gestern zu keiner schnellen Reaktion bereit. Eine am frühen Nachmittag angesetzte Pressekonferenz verschob sie auf 17 Uhr, später sagte sie die Veranstaltung ganz ab. Nikolaj Tomenko, ein führendes Mitglied der Timoschenko-Partei, meinte jedoch: «Wir sind bereit, in die



«Blau» hat Grund zum Jubeln: Anhänger von Viktor Janukowitsch schwenken Fahnen in der Hauptstadt Kiew. REUTERS

Opposition zu gehen, aber erst sollten wir die Stimmenausszählung abwarten.»

Derweil feierten mehrere tausend Janukowitsch-Anhänger vor der Zentralen Wahlkommission bereits den Sieg ihres Kandidaten. Einige von ihnen harrten hier bereits die ganze Nacht in Zelten aus. Auch Nikolaj, einen 60-jährigen Rentner, schreckte die klirrende Kälte nicht ab. Er weiss, warum er für Janukowitsch gestimmt hat: «Er macht weniger leere Versprechungen als Timoschenko», sagt er und zieht die Pelzmütze weiter über die Ohren. 1000 Griwna (rund 150 Franken) betrage seine Rente, die Hälfte gehe für die Miete drauf, sagt Nikolaj, der seinen Familiennamen lieber für sich behält.

**Janukowitsch für EU-Integration**

Die tiefe Wirtschaftskrise hat nicht nur viele Ukrainer den Arbeitsplatz gekostet, und sie dürfte wohl auch Timoschenkos Sieg verhindert haben. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte 2009 um 15 Prozent. Trotzdem ist die 49-Jährige aber immer noch Regierungschefin, und ihre Partei verfügt im Parlament über einen Drittel der Sitze. Die Fraktion von Janukowitschs Partei

der Regionen ist ähnlich stark vertreten. Um ein neues Kabinett einsetzen zu können, wird der neue Präsident genau wie sein Vorgänger Koalitionen eingehen müssen.

Auch Janukowitsch wird deshalb nicht alle seine Wahlversprechen vollständig umsetzen können. Ein Nato-Beitritt dürfte nun zwar noch in weitere Ferne rücken. Gleichzeitig hat sich Janukowitsch aber für eine Integration in die EU ausgesprochen. Die Agenda des neuen ukrainischen Präsidenten dürfte im Übrigen durch einen längst angehäuft Berg von Problemen vorgezeichnet sein. Noch immer hat das Parlament kein Budget für das laufende Jahr verabschiedet, obwohl es dies bis zum 1. Dezember 2009 hätte tun müssen. Der Spielraum bei den Ausgaben ist indessen beschränkt. Um die Wirtschaft zu stützen, braucht die Ukraine weitere Hilfgelder vom Internationalen Währungsfonds, der im Gegenzug jedoch eine enge Defizitbeschränkung fordert.

**HINWEIS**

► Bericht über die Zuger Baustoffherstellerin Sika in der Ukraine auf Seite 13. ◀

KOMMENTAR

## Logisches Comeback

Vor fünf Jahren wurde Viktor Janukowitsch als Wahlfälscher entlarvt, nun kehrt er als strahlender Sieger zurück. Ein Betrüger als Präsident? Wird die Orange Revolution dadurch nicht vollends zu einem historischen Rohrkrepierer degradiert? Die wochenlangen Massenproteste des Volkes, waren sie alle umsonst? Nein, lautet die Antwort.

Janukowitschs Comeback ist realpolitisch bedenklich, entspricht aber einer demokratischen Logik. Eine Revolution kann die von ihr genährten Hoffnungen praktisch nie erfüllen. Die Enttäuschung danach verhilft den bereits totgeglaubten Kräften des alten Regimes fast immer zu neuem Leben. In vielen osteuropäischen Ländern mauserten sich die Kommunisten nach 1989 zu Sozialdemokraten und kehrten bei den zweiten freien Wahlen zurück an die Macht.

Die Bilanz der Orangen Revolution mag in vielerlei Hinsicht enttäuschen. Vor allem schafften es die neuen Kräfte nicht, den korrupten und überbürokratisierten Staatsapparat zu reformieren. Dieser wiederum lähmt das private Unternehmertum: Kein anderes Land der ehemaligen Sowjetunion wurde so stark von der globalen Wirtschaftskrise erschüttert wie die Ukraine.

Die Orange Revolution ist vieles schuldig geblieben. Letztlich war sie aber doch ein wichtiger, wenn auch ein kleiner Schritt in Richtung Demokratie. Janukowitsch wird ihn kaum mehr rückgängig machen können.

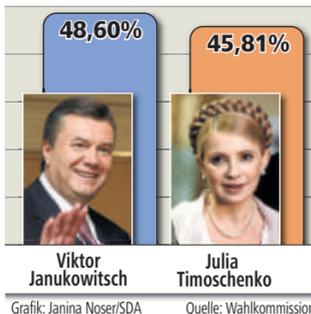
CHRISTIAN WEISFLOG, KIEW  
nachrichten@neue-lz.ch

EXPRESS

- Verliererin Julia Timoschenko wirft Viktor Janukowitsch Wahlfälschungen vor.
- Internationale Beobachter des Europarats anerkannten jedoch das Resultat.

WAHLRESULTAT

Ergebnis der Stichwahl nach Auszählung von 98,4% der Stimmen



NACHRICHTEN

### Iran reicht seine Atompläne ein

Wien – Der Iran macht mit der angedrohten Ausweitung seines Atomprogramms Ernst: Gestern wurden die Pläne zur Produktion hoch angereicherter Urans offiziell bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien angemeldet. Mit der geplanten Anreicherung von Uran auf 20 Prozent käme der Iran dem Bau von Atomsprenköpfen einen grossen Schritt näher. Teheran betonte indes den zivilen Charakter des Atomprogramms. (ddp)

### Eine Frau regiert in Costa Rica

San José – In Costa Rica ist erstmals eine Frau an die Spitze des Staates gewählt worden. Die Konservative Laura Chinchilla gewann die Präsidentenwahl vom Sonntag mit einer überwältigenden Mehrheit von 47 Prozent der Stimmen. Die 50-Jährige war bisher Vizepräsidentin und ist eine Vertraute von Amtsinhaber Oscar Arias. (ddp)

Identitätsdebatte

# Frankreich-Flagge soll an Schulen wehen

**Die Regierung will an Schulen die «nationalen Symbole» stärken. Kritiker aller politischer Lager spötteln über die «Massnahmchen».**

Eine Flagge für den «Stolz, Franzose zu sein»: Diesen Vorschlag unterbreitete Frankreichs Premierminister François Fillon gestern an einem Regierungsseminar, das nach einer monatelangen Debatte über die nationale Identität Bilanz zog. Die von Präsident Nicolas Sarkozy gewünschte landesweite Diskussion endete mit 340 lokalen Gesprächsabend und 58 000 Zuschriften auf der Internetseite www.debatidentitenationale.fr.

**Menschenrechtserklärung**

Fillon zeigte sich sehr zufrieden darüber. Die Stossrichtung sei klar, meinte er: Die nationalen Symbole müssten vor allem an der Schule gestärkt werden. Als Ausfluss dieser «wichtigen Debatte» werde die Regierung vorschlagen, dass inskünftig an jeder Schule die Trikolore, das heisst



Vorbild fürs ganze Land: die französische Flagge an der Universität Sorbonne. REUTERS

die rot-blau-weiße Nationalflagge, wehe. In jedem Klassenzimmer werde ausserdem die Menschenrechtserklärung von 1789 angebracht.

Für junge Franzosen wird ausserdem ein «rendez-vous citoyen» geschaffen, das heisst eine Art Jungbürgertag. Diese Veranstaltung ersetzt die bisherige einjährige Einberufung, die in den Neunzigerjahren nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Form eines Gesundheitstests übrig geblieben war.

**Feierliche Einbürgerungen**

Für Ausländer soll auch einiges ändern. Einbürgerungen sollen «feierlicher» werden, meinte Fillon. Bisher erhielt ein eingebürgerter Franzose nicht viel mehr als ein hübsches Zertifikat mit der aufgestempelten Unterschrift des gerade amtierenden Staatspräsidenten. Neubürger sollen einen «Empfangs- und Integrationsvertrag» erhalten; darin sollen die Rechte und Pflichten eines jedes Bürgers aufgelistet sein.

Auf die Erwähnung der Pflichten pochte vor allem die politische Rechte. Ihr geht der Massnahmenkatalog Fillons viel zu wenig weit. Auch die Linksoption spricht von blossen

«Massnahmchen» – allerdings nicht aus dem gleichen Grund. Sie meint, die bürgerliche Regierung habe die Debatte still und leise «beerdigen» wollen. Deshalb habe Sarkozy die Bilanzierung Fillon überlassen.

**Gegen Muslime gerichtet?**

Selbst in der Sarkozy-Partei UMP hiess es teilweise, die nationale Debatte trage fremdenfeindliche Züge und richte sich – gewollt oder nicht – gegen die vier Millionen Muslime in Frankreich. Nicht von ungefähr orchestrierte das Immigrationsministerium die ganze Debatte über die «nationale Identität». Einige progressive Minister blieben dem Regierungsseminar gestern demonstrativ fern.

Auch in den Pariser Pressekommentaren herrscht der Eindruck vor, die Regierung habe «möglichst wenig Staub aufwirbeln wollen», wie die Zeitschrift «L'Express» meint. Die Idee, dass Frankreichs Schüler einmal im Jahr die «Marseillaise», die Landeshymne, singen sollten, wurde in letzter Minute fallen gelassen. «Allons enfants de la Patrie» wird sich damit auch in Zukunft zuerst an die Erwachsenen richten.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS